

**Tilman Mayer, *Die demographische Krise. Eine integrative Theorie der Bevölkerungsentwicklung*, Frankfurt/Main-New York 1999: Campus, 489 Seiten, 98 DM.**

In den siebziger Jahren erschien eine Reihe von Schriften und Tagungsbänden, die die Frage, ob die Deutschen aussterben, an die Öffentlichkeit bringen wollten. Doch das Thema stieß damals kaum auf öffentliche Resonanz, obwohl die langfristige demographische Tendenz zur Bevölkerungsabnahme bereits offenkundig war. Zu sehr stand die Öffentlichkeit unter dem Eindruck der „geburtstarken Jahrgänge“ der sechziger Jahre, die Kindergärten, Schulen und Universitäten zu überfüllen drohten. Angesichts mangelnder Kindergartenplätze und übervoller Schulklassen über ein Aussterben der Deutschen zu diskutieren, erschien wohl nur einem kleinen Kreis von Fachleuten als nicht unzeitgemäß. Heute hat sich das Bild grundlegend gewandelt. Der Geburtenrückgang und seine Folgen sind nicht mehr zu übersehen. Auch jenseits der viel diskutierten Probleme der Rentenfinanzierung, die man mit einem

„demographischen Faktor“ zu sichern glaubt, beginnt der Geburtenrückgang auf viele Institutionen und Einrichtungen durchzuschlagen. Kindergärten kämpfen inzwischen um Nachwuchs, viele Grundschulen stehen vor der Schließung. Mit einer Geburtenziffer von 1,3 Kindern pro Frau liegt Deutschland zusammen mit Spanien und Italien am unteren Ende der europäischen Skala. Zur Bestandserhaltung wären 2,1 Kinder pro Frau notwendig. Ein weiterer Aspekt, der in den siebziger Jahren noch

### gelesen

kaum eine Rolle spielte, erhöht schließlich die Brisanz des sich abzeichnenden Geburtendefizits beträchtlich, nämlich die Zuwanderung von Ausländern und die relativ hohen Geburtenzahlen unter den in Deutschland lebenden Ausländern. Bei der Frage des demographischen Wandels geht es also nicht mehr nur um Bevölkerungsrückgang, sondern um den Austausch eines stetig kleiner werdenden deutschen Bevölkerungsteils durch Zuwanderer und Einwohner ausländischer Herkunft.

Gleich mehrere Studien haben in den letzten Monaten

auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht. Die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages hat die Bevölkerungsentwicklung in ihrem zweiten Zwischenbericht eingehend erörtert. Die „Zukunftskommission Gesellschaft 2000“ des Landes Baden-Württemberg hat in ihrem Abschlussbericht vom Dezember 1999 besonders auf den rasant ansteigenden Ausländeranteil in den Großstädten und die daraus resultierenden Folgen hingewiesen. Schon im Jahr 2030 würde der Ausländeranteil bei einem mittleren Szenario in Frankfurt auf sechzig Prozent, in Stuttgart und München auf fünfzig Prozent und in Hamburg und Berlin auf fünfundzwanzig Prozent steigen. Da sich die Zuwanderung auf wenige Ballungsgebiete konzentriert, könne dort schon bald ein sozialer Sprengstoff entstehen, wie er bisher nur aus französischen Großstädten wie Paris und Lyon bekannt sei. Zuletzt hat sich schließlich die Bevölkerungskommission der Vereinten Nationen mit einer Prognose zu Wort gemeldet und erklärt, Deutschland müsse, wenn es seine Bevölkerungszahl halten wolle, ab dem Jahr

2010 rund 500 000 Zuwanderer jährlich aufnehmen. Vor diesem Hintergrund ist es kaum verständlich, dass die Bundestagsparteien das Thema „demographischer Wandel“ im Wesentlichen auf die Frage der Rentenversicherung reduzieren. Die Zurückhaltung der Parteien ist umso unverständlicher, als der Geburtenrückgang bei der deutschen Bevölkerung – sofern sich der heutige Trend fortsetzt – unser Land in den nächsten Jahrzehnten in allen Facetten so radikal und tief greifend umgestalten wird, dass es kaum ein wichtigeres Thema in der deutschen Politik geben dürfte. Bevölkerungswissenschaftler wie Herwig Birg weisen seit Jahren darauf hin, dass die Einwohnerschaft Deutschlands in wenigen Jahrzehnten voraussichtlich überwiegend aus ausländischen Zuwanderern und deren Nachkommen bestehen wird. Die Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel und Stefanie Wahl kommen zu der schlichten wie eindrucksvollen Prognose, dass die „deutsche Identität“ bei Anhalten des jetzigen Trends am Ende des 21. Jahrhunderts „erloschen“ sein wird. Denn dann wird sich die deutsche Bevölkerung bei gleich bleibender Gebur-

tenzahl ohne Zuwanderung auf 22 Millionen reduziert haben. Das soeben begonnene Jahrhundert wäre demnach das letzte Jahrhundert der Deutschen. Wer solche Prognosen als Spenglersche Untergangsprophetien abtut, macht es sich allzu leicht, denn die Evidenz der Zahlen ist unabweisbar.

Um die heutige Bevölkerungszahl stabil zu halten, wäre bei einer Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau ab dem Jahr 2005 eine Zuwanderung von 300 000 Ausländern, ab dem Jahr 2020 von 500 000 und ab dem Jahr 2040 von mehr als 700 000 Ausländern erforderlich. Beide Szenarien würden unsere Gesellschaft vor gigantische Probleme stellen. Bei einem Bevölkerungsschwund in dieser Größenordnung würde in Deutschland wohl kein Stein auf dem anderen bleiben.

Andererseits würde eine Lösung, die allein auf Zuwanderung setzt – wie sie beispielsweise die FDP befürwortet –, zwangsläufig an den Grenzen der Integrationsfähigkeit scheitern. Schon jetzt misslingt die Integration von Ausländern in weiten Teilen. Es würde sich vielmehr in den Großstädten eine ausländische Mehrheitsbevölkerung ausprä-

gen, der nur noch eine Minderheit von Deutschen gegenüberstehen würde. Dass eine Minderheit keine Mehrheit integrieren kann, liegt auf der Hand. Zudem hat sich die Vorstellung, dass Zuwanderer in der zweiten und dritten Generation problemlos integriert werden könnten, als falsch erwiesen. Im Gegenteil zeigt sich zum Beispiel bei türkischstämmigen Jugendlichen in Deutschland eine Hinwendung zur Heimatkultur, die nicht selten fanatische Züge annimmt. Verstärkt wird dies durch die Möglichkeit der modernen Medien, sich ausschließlich in der Kultur und Sprache des Herkunftslandes zu bewegen. Die Herausforderungen der Zukunft sind daher nicht mit wohlfeilen Formeln wie „multikultureller Gesellschaft“ oder „interkulturellem Lernen“ zu bestehen. Der demographisch bedingte Wandel von einer Gesellschaft mit deutscher „Leitkultur“ (Jörg Schönbohm) hin zu einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft hätte nicht nur erhebliche ökonomische und soziale Folgen. Es stellen sich vielmehr weit reichende Fragen, die hier nur angeschnitten werden können: Wer wird das geschichtliche und kulturelle

Erbe Deutschlands bewahren? Werden Zuwanderer, auch wenn sie eingebürgert sind, die deutsche Geschichte in ihren Höhen und Tiefen wach halten? Welche Werte bringen Zuwanderer mit? Werden sie die Demokratie erhalten können?

Vor diesem Hintergrund hat der Würzburger Politikwissenschaftler Tilman Mayer in seiner Habilitationsschrift eine umfassende Bestandsaufnahme der „demographischen Krise“ und möglicher Gegenreaktionen vorgelegt. Mayers Grundthese lautet, dass die Bevölkerungsentwicklung gestaltbar ist. Wir müssten uns nicht zwangsläufig „auf eine alternde, kinderarme und multikulturelle Gesellschaft zubewegen“. Wohl wissend um den Missbrauch der Bevölkerungspolitik durch die Nationalsozialisten dürfe diese Frage nicht weiter tabuisiert werden.

Bisher reduzierte sich die Frage der Bevölkerungspolitik in Deutschland auf Positionen zwischen Adenauers – inzwischen widerlegtem – Diktum „Kinder bekommen die Leute sowieso“ und der fatalisti-

schen Vorstellung einiger Bevölkerungswissenschaftler, dass sich der Abnahmetrend der Geburtenrate ohnehin nicht mehr umkehren lasse. Demgegenüber plädiert Mayer dafür, sich nicht mit dem Geburtenrückgang abzufinden. Schon die Beispiele Frankreich und Schweden zeigten, dass auch in einer modernen westlichen Gesellschaft eine höhere Geburtenrate möglich sei. Es sei entscheidend, dass die Bevölkerungsfrage zu einer „Kanzlerfrage“ werde und damit höchste Priorität in der Politik erhalte. Daneben solle ein „Bundesministerium für Familien- und Bevölkerungsfragen“ eingerichtet werden, um bevölkerungspolitische Aktivitäten zu bündeln. Mit einer wesentlich verbesserten Familienförderung lasse sich die Geburtenrate auf 1,8 Kinder pro Frau anheben. Der Autor erörtert ausführlich die Möglichkeiten eines Familienlastenausgleiches und einer kinderfreundlichen Sozialpolitik. Einwanderung könne eine aktive Bevölkerungspolitik dagegen nicht ersetzen, sondern lediglich zeitweise abmildern. Gleichzeitig weist

Mayer auf die Rolle der Medien und Parteien hin, um ein kinderfreundliches Klima zu schaffen.

Mayer warnt zugleich vor einer reinen Bevölkerungspolitik, die durch Gebärprämiem nicht vorhandene Kinderwünsche wecke. Damit sei das Geburtendefizit nicht zu bewältigen. Entscheidend sei ein „integrativer Ansatz“, die Herbeiführung eines überparteilichen Konsenses. Die Basis für einen solchen Konsens ist durchaus vorhanden. So befürwortet die Mehrheit der Bevölkerung eindeutig eine Geburtenfördernde Politik, wie Mayer anhand umfangreichen statistischen Materials nachweist. Auf die Frage, ob die Überalterung durch mehr Geburtenförderung oder mehr Einwanderung bekämpft werden solle, sprachen sich bei einer Umfrage 1997 beispielsweise 78 Prozent für Geburtenförderung aus, nur zwei Prozent befürworteten mehr Einwanderung, und zehn Prozent wollten beide Strategien. Politiker, die das Thema aufgreifen würden, könnten also auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen.

*Eckhard Nickig*